

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Abbildungsverzeichnis	XXV

Erster Teil: Grundlagen

§ 1 Grundzüge der Besteuerung von Einbringungen und Anteilstausch . .	1
§ 2 Untersuchungsvorhaben	22
§ 3 Wissenschaftliche Grundlagen und Ausgangslage	30

Zweiter Teil: Rechtshistorische Entwicklung der „Gegenleistungs“-Vorschriften

§ 4 Überblick über die Geschichte des geltenden UmwStG	57
§ 5 Die Zusatzleistung vor dem UmwStG 1969	64
§ 6 Die Zusatzleistung mit dem UmwStG 1969	93
§ 7 Die Zusatzleistung mit dem UmwStG 1977	149
§ 8 Die Zusatzleistung mit dem UmwStG 1995	153
§ 9 Die Zusatzleistung mit dem UmwStG 2006	169
§ 10 Die Zusatzleistung mit dem StÄndG 2015	181
§ 11 Zusammenfassung des Zweiten Teils	198

Dritter Teil:
Auslegung des Begriffs der „sonstigen Gegenleistung“

§ 12 Das „Wortlautargument“ 205

§ 13 „Sonstige Gegenleistungen“ bei Einbringungen in
Kapitalgesellschaften 208

§ 14 „Sonstige Gegenleistungen“ beim Anteilstausch 272

§ 15 „Sonstige Gegenleistungen“ bei Einbringungen in
Personengesellschaften 284

§ 16 Zusammenfassung des Dritten Teils 295

Vierter Teil:
Ausblick

§ 17 Die Person des Gewährenden 301

Quellenverzeichnis 305

Schrifttumsverzeichnis 311

Sachverzeichnis 359

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Abbildungsverzeichnis	XXV

Erster Teil: Grundlagen

§ 1	Grundzüge der Besteuerung von Einbringungen und Anteilstausch . . .	1
I.	Die (Nicht-)Besteuerung von Umwandlungen	1
1.	Allgemeines	1
2.	Einbringung und Anteilstausch auch gegen Erhalt von sonstigen Gegenleistungen	4
II.	Begriffsbestimmungen	8
1.	Unternehmen, (Mit-)Unternehmer, Mitunternehmerschaft und Mitunternehmeranteil	9
2.	Umwandlung, Umstrukturierung, (materielles) Umwandlungssteuerrecht	10
3.	Einbringung	11
4.	Anteilstausch und (un-)echte Fusion	13
5.	Sonstige Gegenleistung, Zusatzleistung, Spitzenausgleich, Ausgleichszahlung, Zuzahlung, Mischentgelt, Teilentgelt . .	16
6.	Stille Reserven	20
7.	Buchwertfortführung	21
§ 2	Untersuchungsvorhaben	22
I.	Ziel der Untersuchung	22
II.	Gang der Untersuchung	24
III.	Stand der Wissenschaft	25
IV.	Quellenarbeit	28
§ 3	Wissenschaftliche Grundlagen und Ausgangslage	30
I.	Rechtstheoretische und methodische Vorüberlegungen	30
1.	„Auslegungsziel“	30
2.	Methodengerechte Ermittlung der Rechtsnorm	35
a)	Grammatische Auslegung	37
b)	Historische Auslegung	39

c)	Systematische Auslegung	41
d)	Keine objektiv-teleologische, sondern subjektiv-teleologische Auslegung; teleologische Reduktion	42
3.	Methode der Rechtsgeschichte	44
II.	Die Steuerneutralität von Einbringungen bzw. des Anteilstauschs	45
1.	Der Begriff des Prinzips	47
2.	Das „Leistungsfähigkeitsprinzip“	48
3.	Die Rechtfertigungsbedürftigkeit der Steuerneutralität von Einbringungen bzw. des Anteilstauschs	50
III.	Zusammenfassung	54

Zweiter Teil:

Rechtshistorische Entwicklung der „Gegenleistungs“-Vorschriften

§ 4	Überblick über die Geschichte des geltenden UmwStG	57
§ 5	Die Zusatzleistung vor dem UmwStG 1969	64
I.	Einbringung in eine Kapitalgesellschaft	64
1.	Rechtsprechungsgrundsätze	65
2.	BFH, Urteil vom 13. Juli 1965, I 167/59 U	68
a)	Sachverhalt	68
b)	Streitgegenständliche Frage	72
c)	Erstinstanzliches Verfahren	72
aa)	Klägerisches Vorbringen	73
bb)	Vorbringen des Finanzamts	73
cc)	Entscheidung in der Sprungberufung	74
d)	Rechts- und Anschlussbeschwerde	76
e)	Entscheidung des BFH	77
f)	Einordnung der Entscheidung insbesondere hinsichtlich der Zusatzleistung	78
aa)	BFH, Urteil vom 15. September 1955, IV 158/54 U	79
bb)	Trennungs- oder Einheitstheorie?	80
cc)	Die Präzisierung durch BFH, Urteil vom 13. Juni 1965, I 167/59 U	82
3.	Zusammenfassung	83
II.	Anteilstausch	84
1.	Der Anteilstausch in der Rechtsprechung des RFH	84
2.	Sogenanntes Tauschgutachten des BFH	88

3. Zusammenfassung	90
III. Einbringung in eine Personengesellschaft	91
IV. Zwischenergebnis	92
§ 6 Die Zusatzleistung mit dem UmwStG 1969	93
I. Einbringung in eine Kapitalgesellschaft	93
1. Die Regelung des § 17 Abs. 2 Satz 4, Abs. 4 Satz 2 UmwStG 1969	93
2. Vorparlamentarischer Raum der Gesetzgebung	95
a) „Anstoß“ der Gesetzgebung	95
b) Erste Entwürfe	99
c) Fortschreiten des Entwurfsprozesses	106
d) Der Entwurf vom 2. Februar 1968	111
e) Fragmentarische Quellenlage	116
f) Beratungen im Bundeskabinett	118
3. Gesetzgebungsverfahren im engeren, verfassungsrechtsdogmatischen Sinne	121
4. Zwischenergebnis	125
II. Anteilstausch	127
1. Die Regelung des Anteilstauschs im UmwStG 1969	128
2. Vorparlamentarischer Raum der Gesetzgebung	128
3. Gesetzgebungsverfahren im engeren, verfassungsrechtsdogmatischen Sinne	131
III. Einbringung in eine Personengesellschaft	132
1. Die Regelung des § 22 UmwStG 1969	132
a) Allgemeines	132
b) (Wert-)Ausgleich und Ergänzungsbilanzen	134
aa) (Wert-)Ausgleich „innerhalb der Bilanz“	135
bb) (Wert-)Ausgleich „außerhalb der Bilanz“	138
cc) Zwischenergebnis	143
2. Vorparlamentarischer Raum der Gesetzgebung	143
3. Gesetzgebungsverfahren im engeren, verfassungsrechtsdogmatischen Sinne	146
§ 7 Die Zusatzleistung mit dem UmwStG 1977	149
I. Einbringung in eine Kapitalgesellschaft und Anteilstausch	149
II. Einbringung in eine Personengesellschaft	151
§ 8 Die Zusatzleistung mit dem UmwStG 1995	153
I. Einbringung in eine Kapitalgesellschaft	153

II.	Anteilstausch	157
1.	Die Regelung des § 20 Abs. 6 Satz 1 UmwStG 1995	157
2.	Der Anteilstausch im europäischen Kontext	158
III.	Einbringung in eine Personengesellschaft	159
1.	BFH, Urteil vom 18. September 2013, X R 42/10	159
a)	Sachverhalt und Entscheidung	160
b)	Dogmatischer Exkurs: Würdigung der Entscheidung	162
2.	Zwischenergebnis	168
§ 9	Die Zusatzleistung mit dem UmwStG 2006	169
I.	Zeitablauf des Gesetzgebungsverfahrens des SEStEG	169
II.	Einbringung in eine Kapitalgesellschaft	170
1.	Der Regierungsentwurf	171
2.	Beratungen im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags	172
III.	Anteilstausch	176
IV.	Einbringung in eine Personengesellschaft	179
§ 10	Die Zusatzleistung mit dem StÄndG 2015	181
I.	Zeitliche Einordnung	181
II.	Anlass und Zweck der Änderungen durch das StÄndG 2015	184
1.	Anlassgesetzgebung	184
2.	(Normsetzerischer) Zweck	187
III.	Begrenzung der Höhe der Zusatzleistung	188
1.	Einbringung in eine Kapitalgesellschaft	188
a)	Der Regierungsentwurf und seine „Vorbilder“	188
b)	Beratungen des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags	191
c)	Zwischenergebnis	193
2.	Anteilstausch	194
3.	Einbringung in eine Personengesellschaft	195
a)	Der Regierungsentwurf	195
b)	Beratungen des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags	196
c)	Zusammenfassende Stellungnahme	197
IV.	Zwischenergebnis	198
§ 11	Zusammenfassung des Zweiten Teils	198
I.	Einbringung in eine Kapitalgesellschaft	198
II.	Anteilstausch	200
III.	Einbringung in eine Personengesellschaft	201

Dritter Teil:
Auslegung des Begriffs der „sonstigen Gegenleistung“

§ 12 Das „Wortlautargument“	205
§ 13 „Sonstige Gegenleistungen“ bei Einbringungen in Kapitalgesellschaften	208
I. Meinungsstand	208
1. Schrifttum	208
2. Finanzverwaltung	210
3. Rechtsprechung	211
II. Kritische Betrachtung der vorgebrachten Argumente	212
1. Aus den Gesetzesmaterialien ergebe sich kein neues Verständnis	212
a) Die Zusatzleistung vor und mit dem UmwStG 1969	212
b) Die Zusatzleistung mit dem UmwStG 1977	214
c) Die Zusatzleistung mit dem UmwStG 1995	214
d) Der Begriff der sonstigen Gegenleistung im Zusammenhang mit dem SEStEG	215
e) Der Begriff der sonstigen Gegenleistung im Zusammenhang mit dem StÄndG 2015	217
f) Zusammenfassung	218
2. Das in § 3, § 11 UmwStG zugrunde gelegte Verständnis sei übernommen worden	219
a) Zeitliche Einordnung des Vergleichs	220
b) Deutung des Begriffs „Gegenleistung“ in § 11 UmwStG bzw. in seinen Vorgängerregelungen	220
aa) Der Begriff „Gegenleistung“ in § 15 Abs. 2 KStG a. F.	220
bb) Übernahme ins UmwStG	223
c) Zusammenfassung	224
3. Der unveränderte § 20 Abs. 3 Satz 3 UmwStG unterstreiche das Festhalten am bisherigen Verständnis	224
4. Nur von Wirtschaftsgütern könne der gemeine Wert ermittelt werden	226
a) Verweisung durch Verwendung des Begriffs „gemeiner Wert“	227
aa) Gesetzgebungstechnik der Verweisung	227
bb) Rechtshistorische Einordnung	229
(1) Ursprung der Bezugnahme des gemeinen Werts	229

(2) Bezugnahme im restlichen Verlauf der Gesetzesgeschichte	232
cc) Deutung der Verweisung	232
(1) Einbeziehungsmöglichkeiten	233
(2) Sinnvolles Verständnis der Verweisung	236
(3) Zusammenfassende Stellungnahme	239
dd) Zwischenergebnis	240
b) „Folgenbetrachtung“	241
aa) Sinnvolle Lesart	241
bb) <i>Widmann</i> ’sche Lesart	243
c) Zusammenfassung	243
5. „Sonstige Gegenleistung“ verdeutliche nur „synallagmatischen“ Bezug zur Einbringung	244
a) Das „Synallagma“	244
b) Der Zusammenhang	245
aa) Kausaler Zusammenhang	245
(1) Kausaler Zusammenhang aufgrund des (zivilrechtlichen) Formerfordernisses?	246
(2) Gewährung neuer Gesellschaftsanteile	247
(3) Anknüpfungspunkt „neben“	249
(a) Semantische Bedeutung des Worts „neben“	249
(b) Bedeutung i. S. des § 20 UmwStG	250
(c) Zwischenergebnis	250
(4) Anknüpfungspunkt „Gegenleistung“	251
(5) Zwischenergebnis	252
bb) Zeitlicher Zusammenhang	252
(1) Gesetzeshistorie und -materialien	254
(a) Zeitlicher Zusammenhang vor und mit dem UmwStG 1969, UmwStG 1977, UmwStG 1995 und UmwStG 2006	254
(b) Zeitlicher Zusammenhang mit dem StÄndG 2015	257
(c) Zwischenergebnis	258
(2) Kein einschränkender Wortlaut	259
(3) Gewährung neuer Gesellschaftsanteile	260
(4) Vergleich zu normierten „Nachtatbeständen“	261
(a) Subsidiarität des „Nachtatbestands“?	262
(b) Zusammenfassende Stellungnahme	264
(5) Zwischenergebnis	265
c) Schlussfolgerung für den „synallagmatischen“ Bezug	266

6.	Die Nichtänderung des § 20 Abs. 3 Satz 3 UmwStG sei ein unbeachtliches Redaktionsversehen	267
7.	Mit einem neuen Begriff gehe ein neues Verständnis einher .	269
III.	Zusammenfassende Stellungnahme und Erprobung der Erkenntnisse anhand des Beispiels der eigenen Anteile	270
§ 14	„Sonstige Gegenleistungen“ beim Anteilstausch	272
I.	Meinungsstand	273
II.	Kritische Betrachtung der vorgebrachten Argumente	274
1.	Aus den Gesetzesmaterialien ergebe sich kein neues Verständnis	275
2.	Das in § 3, § 11 UmwStG zugrunde gelegte Verständnis sei übernommen worden	278
3.	Der unveränderte § 20 Abs. 3 Satz 3 UmwStG unterstreiche das Festhalten am bisherigen Verständnis	278
4.	Nur von Wirtschaftsgütern könne der gemeine Wert ermittelt werden	281
5.	Mit einem neuen Begriff gehe ein neues Verständnis einher .	281
III.	Zusammenfassende Stellungnahme und Erprobung der Erkenntnisse anhand eines praxisrelevanten Beispiels	281
§ 15	„Sonstige Gegenleistungen“ bei Einbringungen in Personengesellschaften	284
I.	Meinungsstand	285
II.	Kritische Betrachtung der vorgebrachten Argumente	287
1.	Aus den Gesetzesmaterialien ergebe sich kein neues Verständnis	287
2.	Das in § 3, § 11 UmwStG zugrunde gelegte Verständnis sei übernommen worden	289
3.	Der Vergleich zu § 20 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4, Abs. 2 Satz 4 UmwStG und dem unveränderten § 20 Abs. 3 Satz 3 UmwStG unterstreiche das Festhalten am bisherigen Verständnis	290
4.	Nur von Wirtschaftsgütern könne der gemeine Wert ermittelt werden	291
5.	Der Wortlaut sei nicht einschränkend; mit einem neuen Begriff gehe ein neues Verständnis einher	292
6.	Kausaler und zeitlicher Zusammenhang	292
III.	Zusammenfassende Stellungnahme	294

§ 16 Zusammenfassung des Dritten Teils 295

 I. Einbringung in eine Kapitalgesellschaft 295

 II. Anteilstausch 297

 III. Einbringung in eine Personengesellschaft 298

Vierter Teil:
Ausblick

§ 17 Die Person des Gewährenden 301

Quellenverzeichnis 305

Schrifttumsverzeichnis 311

Sachverzeichnis 359